

Allgemeine Geschäftsbedingungen der ACCUREC GmbH (06/2017)

1 Allgemeines

- 1.1 Die nachstehenden Allgemeinen Geschäftsbedingungen für kauf-, werk- bzw. dienstvertragliche Leistungen der ACCUREC GmbH (nachfolgend „Auftragnehmer“) gelten in der jeweils gültigen Fassung für alle – auch zukünftigen – Angebote, Vertragsbeziehungen, Lieferungen und sonstigen Leistungen des Auftragnehmers gegenüber dem Auftraggeber, soweit dieser Unternehmer, juristische Person des öffentlichen Rechts oder öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist, und werden Bestandteil aller mit dem Auftraggeber abgeschlossenen Kauf-/ Werk-/ Dienstverträge bzw. Mischformen hiervon und anderer Verträge mit kauf-/werk-/dienstvertraglichen Elementen (nachfolgend "Vertrag").
- 1.2 Entgegenstehende oder abweichende Geschäftsbedingungen des Auftraggebers werden nicht anerkannt, auch wenn der Auftragnehmer einen Vertrag durchführt, ohne solchen abweichenden Bedingungen ausdrücklich zu widersprechen, es sei denn, der Auftragnehmer hat ihnen im Einzelfall ausdrücklich und schriftlich zugestimmt.

2 Angebote, Vertragsschluss

- 2.1 Alle Angebote des Auftragnehmers sind freibleibend und unverbindlich, soweit sie bei ausreichender Bestimmtheit nicht ausdrücklich als verbindlich gekennzeichnet sind oder eine Annahmefrist enthalten. Technische Angaben (z. B. über Maße, Gewichte, Mengen, Typen etc.) sind ebenso wie Zeitangaben für die Durchführung des Auftrags und die zu den Angeboten gehörenden Unterlagen (z. B. Abbildungen, Zeichnungen) auch bei verbindlichen Angeboten nur annähernd maßgebend, soweit sie nicht jeweils ausdrücklich als verbindlich bezeichnet sind. Die Übernahme von Abfällen in die Verwertungs- und Behandlungsanlagen des Auftragnehmers erfolgt auch bei verbindlichen Angeboten nur im Rahmen freier Kapazitäten.
- 2.2 Bestellungen oder Aufträge des Auftraggebers kann der Auftragnehmer innerhalb einer Woche nach Zugang annehmen.
- 2.3 Der Vertrag ist erst abgeschlossen, wenn der Auftraggeber das verbindliche Angebot des Auftragnehmers fristgemäß schriftlich angenommen hat oder der Auftragnehmer die Bestellung oder den Auftrag des Auftraggebers fristgemäß angenommen und schriftlich bestätigt hat. Eine solche schriftliche Bestätigung durch den Auftragnehmer braucht nicht zu erfolgen, wenn sie den Umständen nach nicht zu erwarten war oder der Auftraggeber auf sie verzichtet hat.
- 2.4 Telefonische oder mündliche Änderungen und Ergänzungen der vertraglichen Vereinbarungen sowie Nebenabreden hierzu bedürfen zu ihrer Wirksamkeit ausdrücklich der schriftlichen Bestätigung durch den Auftragnehmer.
- 2.5 Vor Vertragsschluss getroffene Vereinbarungen und Abreden sind nur wirksam, wenn auf diese im Vertrag ausdrücklich schriftlich Bezug genommen wird.

3 Pflichten des Auftraggebers

- 3.1 Der Auftraggeber ist verpflichtet, dem Auftragnehmer ohne besondere Aufforderung rechtzeitig alle zur Ausführung des Auftrages erforderlichen Unterlagen (z. B. Sicherheitsdatenblatt, Analysen, Muster etc.), Daten, Zahlenangaben und sonstige Informationen zur Verfügung zu stellen. Der Auftragnehmer ist berechtigt, diese bei Ausföhrung des Vertrages als richtig und vollständig zugrunde zu legen, soweit nicht deren Überprüfung ausdrücklich schriftlich vereinbart wurde.
- 3.2 Bei der Übernahme von Abfällen in die Verwertungs- und Behandlungsanlagen des Auftragnehmers gilt darüber hinaus das Folgende:
- a) Der Auftraggeber ist verpflichtet, die vereinbarten Spezifikationen / Zertifikate (z. B. Abfalldatenblatt) und die vereinbarten sonstigen für die Übernahme erforderlichen Bedingungen einzuhalten. Die Spezifikation / das Zertifikat umfasst auch die Verpackung und die Anlieferungsform. Die Annahmezeiten werden einzelvertraglich vereinbart und sind einzuhalten. Lieferungen außerhalb der vereinbarten Annahmezeiten können vom Auftragnehmer zurückgewiesen werden.
- b) Die Anlieferung erfolgt auf Kosten des Auftraggebers durch diesen selbst oder einen von ihm oder vom Auftragnehmer beauftragten Dritten unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen und mit Fahrzeugen bzw. Behältern, die eine Übernahme in der Anlage des Auftragnehmers ermöglichen. Der Auftraggeber verpflichtet sich, alle einschlägigen Rechtsvorschriften zu beachten. Bei einer grenzüberschreitenden Verbringung gilt dies insbesondere für die EG- Abfallverbringungsverordnung Nr. 1013/2006 und das deutsche Abfallverbringungsgesetz.
- c) Bei Abweichungen von der Spezifikation / dem Zertifikat oder sonstigen für die Übernahme erforderlichen Bedingungen ist der Auftragnehmer berechtigt, die angelieferte Sendung ganz oder teilweise zu- rückzuweisen. Sollte in einem derartigen Fall eine alternative Verwertungs-, Beseitigungs- bzw. Behandlungsform in Betracht kommen, werden beide Vertragsparteien prüfen, ob dieser Weg gangbar ist. Eventuell durch die Rückweisung und/oder alternative Verwertung, Beseitigung oder Behandlung anfallende zusätzliche Kosten trägt der Auftraggeber.

4 Leistungsumfang

Der Auftragnehmer wird bei der Erbringung der vereinbarten Leistungen die anerkannten Regeln der Technik zugrunde legen und die eigenen Kenntnisse und Erfahrungen einbringen. Sollte sich bei Erbringung der vereinbarten Leistungen ergeben, dass diese aus vom Auftragnehmer nicht zu vertretenden Gründen nicht oder nur mit wesentlich geänderten technischen, personellen und/oder sonstigen Aufwand durchgeführt werden können, informiert der Auftragnehmer unverzüglich den Auftraggeber. Die Vertragsparteien entscheiden, ob, mit welchem Umfang und zu welchen Kosten der Auftrag weiter durchgeführt wird. Kommt keine

Einigung zustande, hat jeder Vertragspartner das Recht, den Vertrag durch schriftliche Erklärung zu kündigen.

5 Entsorgungsverkehr

- 5.1 Übernimmt der Auftragnehmer neben der Entsorgung von Abfällen auch Güterbeförderungen im Entsorgungsverkehr, gelten für diese Güterbeförderungen die Regelungen der Allgemeinen Deutschen Spediteurbedingungen (ADSp) in der jeweils aktuellen Fassung. Diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen für kauf-, werk- bzw. dienstvertragliche Leistungen des Auftragnehmers gelten nur insoweit, als die ADSp keine oder keine abweichende Regelung treffen. In ihrer Ziffer 23 sehen die ADSp eine Abweichung von der gesetzlichen Regelhaftung vor.
- 5.2 Auftraggeber und Auftragnehmer verpflichten sich, alle jeweils gültigen öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen des Entsorgungsverkehrs zu beachten. Der Auftraggeber ist insbesondere verpflichtet, die Abfälle ordnungsgemäß nach den Bestimmungen des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes sowie den entsprechenden Rechtsverordnungen zu deklarieren und die abfallrechtlichen Begleitdokumente (z. B. Entsorgungs-/Verwertungsnachweis, Abfallbegleitscheine) zur Verfügung zu stellen. Der Auftragnehmer hat die erforderlichen abfallrechtlichen Genehmigungen vorzuhalten.

6 Vergütung

- 6.1 Die Vergütung wird entsprechend den schriftlichen Vereinbarungen berechnet. Sofern nichts Abweichendes schriftlich vereinbart wurde, gelten die vereinbarten Preise ausschließlich Verladung, Verpackung, Versicherung und Transport. Die Preise des Auftragnehmers verstehen sich entsprechend der gesetzlichen Umsatzsteuerregelungen, und demzufolge ggfs. zzgl. Mehrwertsteuer.
- 6.2 Der Auftragnehmer ist berechtigt, entsprechend den jeweils angefallenen Aufwendungen für die tatsächlich erbrachten vereinbarten Leistungen Abschlagszahlungen zu verlangen.
- 6.3 Bei der Übernahme von Abfällen in die Verwertungs- und Behandlungsanlagen des Auftragnehmers gilt darüber hinaus das Folgende: Ist für die Berechnung der Vergütung eine Gewichtsfeststellung maßgeblich, erfolgt diese a priori grundsätzlich per Eingangsverwiegung auf einer Werkswaage des Auftragnehmers.

7 Rechnungsstellung, Zahlungsverkehr

- 7.1 Der Rechnungsbetrag ist mit Zugang der Rechnung sofort fällig und ohne Abzug zahlbar innerhalb von 30 Tagen nach Rechnungsdatum. Die Rechnung gilt als spätestens drei Tage nach Rechnungsdatum an die vom Auftraggeber zuletzt mitgeteilte Rechnungsadresse zugegangen.
- 7.2 Für den Fall, dass der Auftraggeber mit der Zahlung in Verzug gerät, behält sich der Auftragnehmer vor, Verzugszinsen in gesetzlicher Höhe zu berechnen.
- 7.3 Der Auftragnehmer behält sich vor, Zahlungen zur Begleichung der ältesten Rechnungspositionen zuzüglich der darauf aufgelaufenen Verzugszinsen und Kosten zu verwenden und zwar in der Reihenfolge: Kosten, Zinsen, Hauptforderung.
- 7.4 Der Auftraggeber darf nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen aufrechnen.
- 7.5 Bei der Übernahme von Abfällen in die Verwertungs-, und Behandlungsanlagen des Auftragnehmers gilt darüber hinaus das Folgende: Bei nicht fristgerechter Zahlung ist der Auftragnehmer unbeschadet weiterer Rechte berechtigt, die weitere Erfüllung des Vertrages oder mit diesem in Zusammenhang stehender Verträge nach rechtzeitiger vorheriger Ankündigung zu verweigern.

8 Höhere Gewalt, Vertragshindernisse

- 8.1 Höhere Gewalt jeder Art, unvorhersehbare Betriebs-, Verkehrs- oder Versandstörungen, Feuer, Explosion, Naturkatastrophen, Hoch- oder Niedrigwasser, unvorhersehbarer Arbeitskräfte-, Energie-, Rohstoff- oder Hilfsstoffmangel, Streiks, Aussperrungen, Krieg, politische Unruhen, Terrorakte, behördliche Verfügungen oder andere von dem Auftragnehmer nicht zu vertretende Hindernisse, welche die Leistungserbringung, den Versand oder die Abnahme verzögern, verhindern oder unzumutbar werden lassen, befreien den Auftragnehmer für Dauer und Umfang der Störung von der Verpflichtung zur Leistungserbringung. Wird von den Parteien übereinstimmend als sicher angenommen, dass infolge der Störung verbindliche Fristen um mehr als vier Wochen überschritten werden, so ist jede Partei bei nicht nur unerheblicher Störung ganz oder teilweise zum Rücktritt berechtigt; hat der Auftragnehmer bereits eine Teilleistung bewirkt, kann der Auftraggeber aber nur dann vom ganzen Vertrag zurücktreten, wenn er an der Teilleistung kein Interesse hat.
- 8.2 Bei der Übernahme von Abfällen in die Verwertungs- und Behandlungsanlagen des Auftragnehmers gilt darüber hinaus das Folgende: Sofern nach Vertragsabschluss aus vom Auftragnehmer nicht zu vertretenden Gründen Verwertungs-, Beseitigungs- oder Behandlungskapazitäten des Auftragnehmers ausfallen oder aufgrund erhöhten Eigenbedarfs derjenigen weiteren Kunden des Auftragnehmers, zu denen der Auftragnehmer bereits vor Abschluss des Vertrages mit dem Auftraggeber in Geschäftsbeziehung stand, nicht zur Verfügung stehen, wird der Auftragnehmer von der Leistungspflicht frei.

9 Erfüllungsort/Versand

Die Vertragsleistung wird, sofern nichts Abweichendes ausdrücklich schriftlich vereinbart wurde, "frei Werk" (also frei Betriebsstätte Accurec) erbracht.

10 Eigentumsvorbehalt

- 10.1 Wenn nicht anders ausdrücklich vereinbart, gehen alle dem Auftragnehmer angelieferten Abfälle in das Eigentum des Auftraggebers über, soweit eine Vergütung für diese Abfälle an den

- Auftraggeber vereinbart ist, und diese innerhalb der in § 6 und 7 definierten Pflichten erbracht wurden. Ist eine Vergütung an den Auftragnehmer für den Entsorgungsservice des Auftragnehmers vorgesehen, so bleibt der angelieferte Abfall im Eigentum des Auftraggebers bis zu dem Zeitpunkt, bis mit dem technischen Behandlungsprozess des Abfalls begonnen wurde.
- 10.2 Sofern ein Liefergegenstand (Vorbehaltsgegenstand) vom Auftragnehmer geschuldet ist, geht dieser erst dann in das Eigentum des Auftraggebers über, wenn dieser den für die Lieferung vereinbarten Zahlungsbetrag einschließlich aller Nebenkosten für Fracht etc. voll-ständig an den Auftragnehmer bezahlt hat. Ist der Vorbehaltsgegenstand zur gewerblichen Weiterveräußerung durch den Auftraggeber bestimmt, darf der Auftraggeber ihn im Rahmen des ordnungsgemäßen Geschäftsganges an seinen Kunden weiterveräußern. In diesem Fall tritt der Auftraggeber bereits jetzt alle ihm gegen seinen Kunden als Gegenleistung für die Weiterveräußerung des Vorbehaltsgegenstandes zukünftig zustehenden Ansprüche einschließlich aller Nebenansprüche an den Auftragnehmer zur Sicherheit ab; der Auftragnehmer nimmt die Abtretung an. Der Auftragnehmer darf die an ihn abgetretenen Forderungen im eigenen Namen einziehen, wenn der Auftraggeber mit seiner Zahlungsverpflichtung gegenüber dem Auftragnehmer hinsichtlich des Vorbehaltsgegenstandes im Verzug ist.
- 10.3 Etwaige Verarbeitungen des Vorbehaltsgegenstandes im Sinne von § 950 BGB werden für den Auftragnehmer vorgenommen.
- 10.4 Erfolgt eine Verbindung oder untrennbare Vermischung im Sinne von §§ 947 oder 948 BGB des Vorbehaltsgegenstandes mit anderen, nicht dem Auftragnehmer gehörenden Sachen in der Weise, dass eine der anderen Sachen als die Hauptsache anzusehen ist, so gilt als vereinbart, dass der Auftraggeber dem Auftragnehmer anteilig im Verhältnis des Wertes des Vorbehaltsgegenstandes zu den anderen verbundenen oder vermischten Sachen Miteigentum an der neuen Sache überträgt und das Miteigentum für den Auftragnehmer verwahrt. Die Parteien sind sich schon heute über den insoweit erfolgenden Eigentumsübergang einig.
- 10.5 Sollte der Auftragnehmer durch die in dieser Ziffer 10 geregelten Sicherungen zu mehr als 10% gegenüber den jeweils bestehenden Gesamtverbindlichkeiten des Auftraggebers ihm gegenüber übersichert sein, ist er verpflichtet, auf Anforderung des Auftraggebers nach dessen Wahl Sicherheiten bis zur Höhe des 110% der gesicherten Gesamtverbindlichkeit übersteigenden Wertes freizugeben.
- 11 Rügefrist**
- 11.1 Bei kauf- und werkvertraglichen Leistungen sind offene Mängel, soweit keine förmliche Abnahme erfolgt, unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von 10 Arbeitstagen nach Leistungserbringung in Textform beim Auftragnehmer unter genauer Bezeichnung des Mangels anzuzeigen. Bei verborgenen Mängeln muss die Rüge in Textform unverzüglich nach Feststellung des Mangels, spätestens aber binnen der für die Verjährung von Mängelhaftungsansprüchen geregelten Fristen erfolgen. Unterlässt der Auftraggeber eine fristgemäße Anzeige, gilt die Leistung als genehmigt.
- 11.2 Bei dienstvertraglichen Leistungen gilt hinsichtlich der Rügefrist für Schlecht- oder Minderleistungen die in vorstehender Ziffer 11.1 für verborgene Mängel getroffene Regelung entsprechend.
- 12 Gewährleistung und Haftung wegen Mängeln bzw. Schlecht- oder Minderleistung**
- 12.1 Bei kauf- und werkvertraglichen Leistungen ist dem Auftragnehmer im Falle von Mängeln zunächst Gelegenheit zur Nacherfüllung zu geben. Etwaige dem Auftraggeber hierdurch entstehende notwendige Aufwendungen kann dieser vom Auftragnehmer nach den gesetzlichen Vorschriften ersetzt verlangen. Schlägt die Nacherfüllung fehl, kann der Auftraggeber nach den gesetzlichen Vorschriften nach seiner Wahl die Vergütung für die mangelhafte Leistung mindern, von der Vereinbarung über diese Leistung, wenn nicht eine Bauleistung Gegenstand der Mängelhaftung ist, zurücktreten oder im Falle einer werkvertraglichen Leistung nach § 637 BGB den Mangel selbst beseitigen und Ersatz der erforderlichen Aufwendungen verlangen. Ansprüche des Auftraggebers auf Schadensersatz statt der Leistung wegen Mängeln sind ausgeschlossen. Im Übrigen gilt Ziffer 13.
- 12.2 Bei dienstvertraglichen Leistungen richten sich die vertraglichen Ansprüche des Auftraggebers wegen Schlecht- oder Minderleistung dem Grunde nach den gesetzlichen Vorschriften. Sonstige Ansprüche wegen Schlecht- oder Minderleistung, egal aus welchem Rechtsgrund, sind ausgeschlossen. Im Übrigen gilt Ziffer 13.
- 13 Sonstige Haftungsausschlüsse und -begrenzungen**
- 13.1 Der Auftragnehmer haftet nicht für aufgrund von leichter Fahrlässigkeit des Auftragnehmers, seiner gesetzlichen Vertreter, Angestellten, Mitarbeiter, Beauftragten, Verrichtungs- oder Erfüllungsgehilfen verursachte Schäden (einschließlich Aufwendungen) des Auftraggebers. Dies gilt nicht für Ansprüche wegen Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit, für Ansprüche aus dem Produkthaftungsgesetz und für die Verletzung von vertragswesentlichen Pflichten, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrags erst ermöglicht und auf deren Erfüllung der Auftraggeber daher regelmäßig vertrauen darf (Kardinalpflichten).
- 13.2 Im Fall der leicht fahrlässigen Verletzung von Kardinalpflichten durch den Auftragnehmer, seine gesetzlichen Vertreter, Angestellten, Mitarbeiter, Beauftragten, Verrichtungs- oder Erfüllungsgehilfen ist die Haftung des Auftragnehmers für sämtliche vertraglichen, außervertraglichen und sonstigen Schadens- und Aufwendungsersatzansprüche, ohne Rücksicht auf ihre Rechtsnatur, begrenzt auf vertragstypische, vorhersehbare Schäden, die einen Betrag von Euro 500.000,00 (in Worten: Euro Fünfhunderttausend) pro Schadensfall und einen Betrag von Euro 1.000.000,00 (in Worten: Euro eine Millionen) pro Kalenderjahr bei ein und demselben Auftraggeber nicht überschreiten.
- 13.3 Der Auftragnehmer kann nicht für Schäden verantwortlich gemacht werden, die auf in Ziffer 8 dieser Allgemeinen Geschäftsbedingungen genannte Umstände zurückzuführen sind.
- 13.4 Soweit zu Gunsten des Auftragnehmers ein Haftungsausschluss oder eine Haftungsbegrenzung nach dieser Ziffer 13 besteht, gilt dieser Haftungsausschluss oder diese Haftungsbegrenzung auch für etwaige Ansprüche des Auftraggebers gegen die gesetzlichen Vertreter, Angestellten, Mitarbeiter, Beauftragten, Verrichtungs- und Erfüllungsgehilfen des Auftragnehmers aus demselben Haftungsgrund.
- 14 Nachfristsetzung**
- Im Falle einer Nachfristsetzung wegen Leistungsstörungen hat der Auftraggeber eine angemessene Nachfrist von in der Regel nicht mehr als vier Wochen zu setzen, die um den Zeitraum zu verlängern ist, den der Auftragnehmer ggf. benötigt, um für seine Leistungserbringung erforderliche Lieferungen oder Leistungen von Dritten zu beziehen.
- 15 Garantie**
- Die Vereinbarung einer Garantie bedarf der Schriftform und ist nur dann wirksam, wenn sie den Inhalt der Garantie sowie die Dauer und den räumlichen Geltungsbereich des Garantieschutzes hinreichend bestimmt beschreibt.
- 16 Verjährung**
- 16.1 Ansprüche gegen den Auftragnehmer wegen Mängeln, Schlecht- oder Minderleistung (vgl. Ziffer 12), verjähren innerhalb eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn. Diese Verkürzung der Verjährungsfrist gilt jedoch nicht für Ansprüche wegen Mängeln gemäß §438Abs.1Nr.2BGBoder§634aAbs.1Nr.2BGB(es sei denn, in den zugrunde liegenden Vertrag ist Teil B der Verdingungsordnung für Bauleistungen insgesamt einbezogen), für die vielmehr die gesetzliche Verjährungsfrist gilt.
- 16.2 Die regelmäßige Verjährungsfrist (§ 195 BGB) für andere Ansprüche gegen den Auftragnehmer als Ansprüche wegen Mängeln, Schlecht- oder Minderleistung (vgl. Ziffer 12) beträgt zwei statt drei Jahre ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.
- 16.3 Die vorgenannten Verjährungserleichterungen gelten weder für Ansprüche aufgrund von Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit, für Ansprüche aus dem Produkthaftungsgesetz, für Ansprüche wegen Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit noch für Ansprüche wegen Verletzung von Kardinalpflichten im Sinne von Ziffer 13.1.2 am Ende. In diesen Fällen gelten die gesetzlichen Verjährungsfristen.
- 16.4 Soweit für Ansprüche gegen den Auftragnehmer eine Verjährungserleichterung nach dieser Ziffer 16 besteht, gilt diese auch für etwaige Ansprüche des Auftraggebers gegen die gesetzlichen Vertreter, Angestellten, Mitarbeiter, Beauftragten, Verrichtungs- und Erfüllungsgehilfen des Auftragnehmers aus demselben Haftungsgrund.
- 17 Geheimhaltung; Eigentum an Unterlagen des Auftragnehmers**
- 17.1 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, während der Dauer des Vertrags und für einen Zeitraum von 5 Jahren nach Beendigung des Vertrages alle ihm im Zusammenhang mit den vertraglichen Vereinbarungen bekannt gewordenen Informationen, welche er vom Auftraggeber erhalten hat, geheim zu halten, nicht zu vervielfältigen, Dritten nicht zugänglich zu machen und nicht unberechtigt für gewerbliche Zwecke zu verwenden, falls keine abweichende schriftliche Vereinbarung getroffen wurde. "Informationen" im Sinne dieser Ziffer 17 sind alle verkörperten oder mündlichen Informationen und Daten, wie beispielsweise technische oder geschäftliche Daten, Unterlagen, Dokumente, Berechnungen, Entwürfe, Zeichnungen oder Kenntnisse/Erfahrungen sowie möglicherweise Muster, und die – soweit schriftlich, in anderer Form verkörpert oder elektronisch übermittelt – als "vertraulich" oder mit einem ähnlichen Vermerk gekennzeichnet werden oder – soweit mündlich mitgeteilt – bei der Mitteilung als vertraulich bezeichnet und in einem entsprechend gekennzeichneten Protokoll zusammengefasst werden, das innerhalb von dreißig (30) Tagen dem Auftragnehmer zugeht.
- 17.2 Alle Unterlagen sowie sonst in verkörperter Form bereitgestellte Materialien/Informationen, die Auftraggeber Auftragnehmer im Rahmen der Durchführung des Vertrags zur Verfügung stellt und die vor Übergabe Eigentum von Auftraggeber waren, bleiben uneingeschränktes Eigentum von Auftraggeber.
- 17.3 Alle Unterlagen sowie sonst in verkörperter Form bereitgestellte Materialien/Informationen, die Auftragnehmer Auftraggeber im Rahmen der Durchführung des Vertrags zur Verfügung stellt und die vor Übergabe Eigentum von Auftragnehmer waren, bleiben uneingeschränktes Eigentum von Auftragnehmer.
- 17.4 Alle von Auftragnehmer im Rahmen der Durchführung des Vertrags für Auftraggeber erstellten Zeichnungen, Dokumente, Datenträger, Software sowie sonstige Unterlagen und Informationen, werden Eigentum von Auftraggeber.
- 18 Schutzrechte**
- 18.1 Der Auftraggeber haftet dafür, dass durch den Auftragnehmer durch die Entgegennahme und Verwendung von sachlichen Mitteln des Auftraggebers, z. B. den vom Auftraggeber zur Ausführung des Auftrages zur Verfügung gestellten Unterlagen, Schutzrechte Dritter nicht verletzt werden, und stellt den Auftragnehmer insoweit von allen Ansprüchen frei. Lizenzgebühren oder Kosten, die zur Vermeidung solcher Schutzrechtsverletzungen entstehen, trägt der Auftraggeber.
- 18.2 Ergebnisse, die Gegenstand des Vertrags sind, gehen mit ihrer Entstehung auf den Auftraggeber mit dem Recht zur uneingeschränkten und beliebigen Benutzung und Verwertung über.
- 18.3 An entstandenen, urheberrechtlich geschützten Werken (z.B. Schriftwerke, Zeichnungen, plastische Darstellungen, Modelle und Computerprogramme), soweit sie Gegenstand des Vertrags sind, räumt Auftragnehmer Auftraggeber ein räumlich, zeitlich und inhaltlich

- uneingeschränktes, ausschließliches Nutzungsrecht in allen Nutzungsarten mit dem Recht zur Unterlizenzierung an Dritte ein.
- 18.4 Erfindungen, soweit sie Gegenstand des Vertrags sind und an ihnen Arbeitnehmer von Auftragnehmer im Rahmen der Durchführung dieses Vertrags beteiligt sind, werden von Auftragnehmer nach dem Gesetz über Arbeitnehmererfindungen in Anspruch genommen und Auftraggeber unverzüglich zur Übertragung angeboten.
- 18.5 Ergebnisse und Erfindungen, die nicht Gegenstand des Vertrags sind, aber im Rahmen der Durchführung dieses Vertrags bei Auftragnehmer entstehen, stehen Auftragnehmer zu.
- 19 Anwendbares Recht, Gerichtsstand**
- 19.1 Es gilt deutsches Recht. Die Anwendung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über den internationalen Warenverkauf - CISG - wird ausgeschlossen.
- 19.2 Gerichtsstand ist für beide Teile Duisburg. Der Auftragnehmer ist jedoch berechtigt, seine Ansprüche alternativ an dem allgemeinen Gerichtsstand des Auftraggebers geltend zu machen.